

1 **DIE LINKE. Stadtverband Halle (Saale)**
2 **Wahlprogrammwurf** (Vorlage für Gesamtmitgliederversammlung am 1. März 2014)
3
4 **Kommunalwahl 25. Mai 2014**
5
6

7 **Halle bleibt: Eine Stadt für alle**

8
9
10 Präambel

11
12
13 I. Zusammenhalt und Teilhabe

14
15 Halle – Stadt des sozialen Ausgleichs
16 Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche
17 Halle – Das Alter gehört dazu
18 Halle – Für eine neue Kultur der Mobilität

19
20
21 II. Wissen und Lebens(kunst)

22
23 Halle – Zentrum der Kultur
24 Halle – schafft Wissen und Neues
25 Halle – Bildung als Schlüssel
26 Halle – Sport als gemeinsames Erlebnis

27
28
29 III. Arbeit und finanzielle Sicherheit

30
31 Halle – Existenzsichernde Arbeit in der Kommune
32 Halle für alle – Finanzielle Sicherheit für die Stadt
33 Halle – Zukunft in der Region

34
35
36 IV. Die Stadt sind wir – Demokratie und Vielfalt

37
38 Halle – Stadt engagierter Menschen
39 Halle – Für eine Kultur der Vielfalt und Integration
40 Halle - Gemeinsam gegen Rechts

41
42
43 V. Gutes Wohnen, gutes Leben

44
45 Halle – Gutes Wohnen in allen Stadtteilen
46 Halle – Leben ohne Angst
47 Halle – Natur und Stadt zusammen denken

48

49 **Halle bleibt: Eine Stadt für alle**

50

51

52 **Präambel**

53

54 **Halle bleibt:** Stadt der Vielfalt, der Wissenschaft, der Kunst, der Menschen. Die Arbeit
55 und die Ideen vieler haben die Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist. Wir sind dank-
56 bar für die reizvolle Natur und die historische Bausubstanz. Wir schätzen die Kreativi-
57 tät, die Inspiration und die Offenheit, die uns die Kunsthochschulen, die Universität
58 und die Museen schenken. Wir lachen, weinen und staunen in unseren Theatern. Wir
59 erfreuen uns an unseren Orchestern. Wir sind in der Pflicht, dies alles zu verteidigen,
60 zu erhalten und zu entwickeln. Verschiedenheit gibt es überall, in einer Stadt wie Halle
61 kann sich Vielfalt auch organisieren. Sozio-, Frauen-, Klub- und Kneipenkultur, Galerien,
62 Theater und freie Kinos nehmen Hallenserinnen und Hallensern, Studierende, Hinzuge-
63 zogene und Gäste der Saalestadt für sich ein. Was Halles Charme ausmacht, wurde oft
64 gegen Widerstände erkämpft und ist nur durch das Tun vieler jenseits von Kommerz
65 und Markt möglich. DIE LINKE kämpft im Stadtrat für die Freiräume und die kulturelle
66 Vielfalt in unserer Stadt.

67

68 **Halle zieht Menschen an.** Zu den Gesichtern der Stadt gehören Arbeitslosigkeit und
69 Armut. Hier leben zu viele Kinder von Hartz IV. Hier ist die Zahl derjenigen, die keine
70 Erwerbsarbeit finden, besonders hoch. Viele Migranten sind in Halle zuhause. Flücht-
71 linge und Asylsuchende können hier dezentral in Wohnungen leben. Das ist besser als
72 in anderen Orten in Sachsen-Anhalt, aber lange nicht genug. Fast ein Drittel der Hal-
73 lenserinnen und Hallenser ist älter als 60 Jahre, Seniorenpolitik ist für uns kein Ni-
74 schenthema. Nicht nur Professoren wollen gut wohnen, auch die Studierenden. Und es
75 braucht einen öffentlichen Nahverkehr, den sich alle leisten können und wollen. DIE
76 LINKE will eine Stadt frei von Diskriminierungen, frei von Angst. Dafür braucht es uns
77 alle. DIE LINKE im Stadtrat kämpft gegen Ausgrenzung durch Armut. Sozialer Ausgleich
78 bleibt erste Aufgabe LINKER Politik.

79

80 **Halle braucht uns.** Der Protest im vergangenen Jahr gegen die Kürzungspläne in Kultur
81 und Hochschulen war hier besonders stark. Die Straße, der Hörsaal, die Kneipe, der öf-
82 fentliche Diskurs – die Stadtgesellschaft wurde politisch. DIE LINKE unterstützt Selbst-
83 organisation und direkte Demokratie wie den Bürgerhaushalt oder das Bürgerbegeh-
84 ren. Wir wissen allerdings, dass diejenigen, die von staatlichen Entscheidungen beson-
85 ders abhängig sind, sich selten so für ihre Belange stark machen. Und dass diejenigen,
86 die dank Einkommen, Bildung oder Wissen bereits mehr Wahlmöglichkeiten haben,
87 auch die Formen direkter Demokratie besser nutzen. Deshalb halten wir beides für
88 notwendig: Selbstbewusste Hallenserinnen und Hallenser *und* eine starke Fraktion der
89 LINKEN im Stadtrat. Die Stadt gehört allen.

90

91

92

93

94

95 **Liebe Hallenserinnen, liebe Hallenser!**

96

97

98 **Halle bleibt – nicht allein.** Die Kommunen sind Bestandteil und Adressat von Landes-,
99 Bundes- und Europapolitik. Wir wollen, dass die Stadt nicht nur abhängig ist von den
100 Entscheidungen in Magdeburg, Berlin und Brüssel – Halle soll auch Impulsgeber sein.
101 Wie hier wollen Menschen überall in Frieden und Sicherheit leben, wollen Perspekti-
102 ven für sich und ihre Kinder, Zugang zu Bildung und Kultur. LINKE Forderungen zielen
103 auf eine gerechte Steuerpolitik und eine ausfinanzierte Daseinsvorsorge, also eine gute
104 Ausstattung mit öffentlichen Gütern. Die Politik des schlanken Staates hat zu leeren
105 Kassen geführt. Nicht die Kosten für den sozialen Zusammenhalt sind zu hoch, sondern
106 das staatliche Geld ist zu knapp. Es braucht LINKE Alternativen. In der Kommune, im
107 Land und in Europa.

108

109 **Am 25. Mai mit allen Stimmen DIE LINKE wählen!**

110

111

112

113

114 **I. Zusammenhalt und Teilhabe**

115

116

117 **Halle – Stadt des sozialen Ausgleichs**

118

119 Sozialer Zusammenhalt kommt allen zugute. Wir sehen es als Aufgabe LINKER Politik,
120 gesellschaftlichen Ausgleich auch gesetzlich zu sichern und ihn nicht dem Wohlwollen
121 und der Finanzkraft privater Wohltätigkeit zu überlassen. Der Bund und das Land wäl-
122 zen systematisch finanzielle Lasten im Bereich der Sozialpolitik auf die Städte und Ge-
123 meinden ab. Auch Halle kann diese nicht vollständig ausgleichen. Gleichwohl will DIE
124 LINKE soziale Härten mildern oder abwenden. Dazu gehört es, politische Alternativen
125 aufzuzeigen und Initiativen der Gegenwehr gegen den Sozialabbau zu unterstützen.
126 Dies ist Maßstab linker Politik – in der Kommune und im Land.

127 Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen müssen, die
128 von Problemen, von Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt wer-
129 den. Jedes dritte Kind in Halle lebt in einer Bedarfsgemeinschaft und damit in Armut
130 oder ist von Armut bedroht. Wir wissen, viele Menschen wurden seit Jahren aufgrund
131 ihrer sozialen Situation und fortdauernder Arbeitslosigkeit an den Rand der Gesell-
132 schaft gedrängt. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu Niedriglöhnen mit
133 den Folgen der neoliberalen Politik. Armut im Alter aufgrund dauerhaft niedriger Ein-
134 kommen oder unterbrochener Erwerbsbiografien und dadurch geringer Rentenans-
135prüche ist schon heute abzusehen. Potentiale liegen brach, weil Barrieren beim Zu-
136 gang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen davon ab-
137 halten, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität
138 zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für unsere Stadt.

139 Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, hierfür kämpft DIE LINKE auf allen po-
140 litischen Ebenen. DIE LINKE will eine Stadt für alle Menschen. Niemand darf zurückge-
141 lassen, kein Stadtteil darf abgehängt werden. Wir knüpfen dabei an den realen Le-
142 bensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechungen zu setzen.

143

144 Das heißt für DIE LINKE:

- 145 • weitere Arbeit an den Handlungsstrategien gegen Kinder- und Altersarmut sowie de-
146 ren Untersetzung in geeigneten Konzepten
- 147 • Erhalt der Leistungen des Halle-Passes und seine Weiterentwicklung als diskriminie-
148 rungsfreier Zugang zu sozialen und kulturellen Leistungen in unserer Stadt sowie die
149 Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr
- 150 • Einsatz für ausreichende Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangebote für Familien,
151 Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche in allen Sozialräumen
- 152 • dabei niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang
- 153 • Einsatz dafür, dass auch für einkommensschwache Haushalte Strom, Wasser, Gas und
154 Heizung bezahlbar bleiben. Eine Abschaltung der Stromversorgung lehnen wir ab, die
155 Einführung von „Sozialbudgets“ werden wir prüfen.
- 156 • Unterstützung der Kampagne kostenloser Energiescheck für Betroffene von Transfer-
157 leistungen
- 158 • Einsatz für eine strategische Sozialplanung, auf deren Grundlage eine verlässliche und
159 kontinuierliche Finanzierung der Angebote der Freien Träger möglich ist. Das beinhal-
160 tet auch die besondere Förderung von Wohngebieten, in denen ein besonders hoher
161 Anteil von Familien wohnt, die von Transferleistungen leben.
- 162 • Umsetzung der europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern
163 auf lokaler Ebene, einschließlich des Aktionsplanes. Das beinhaltet die gleichberechtigt-
164 e Vergabe von Fördermitteln für Gleichstellungsprojekte ebenso wie die Erhaltung der
165 Beratungsstellen der AIDS-Hilfe und der schwul-lesbischen Begegnungs- und Bera-
166 tungsstellen.
- 167 • Erhalt des Frauenschutzhauses
- 168 • die bevorzugte Förderung von Existenzgründerinitiativen von Frauen
- 169 • sich für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen
170 einzusetzen. Teilhabe darf nicht an finanziellen Erwägungen scheitern.
- 171 • Unterstützung und Förderung von Betreuungsformen und Projekten, die hilfebedürfti-
172 gen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglicht
- 173 • Fortschreibung von abrechenbaren Konzepten zur Integration und Gleichstellung be-
174 hinderter Menschen in der Kommune
- 175 • sich für die Stärkung der Kompetenzen der hauptamtlichen Gleichstellungs-, Behinder-
176 ten-, Integrations-, Senioren-, Kinder- und Jugendbeauftragten einzusetzen
- 177 • kritische Begleitung der Arbeit des Jobcenters
- 178 • kritische Auseinandersetzung mit der Richtlinie für die Kosten der Unterkunft
- 179 • in allen Sozialräumen der Stadt muss es Möglichkeiten der medizinischen Grundsiche-
180 rung geben
- 181 • dem Erhalt bzw. der Schaffung von Beratungsstellen, insbesondere für psychosoziale
182 Erkrankungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken
- 183 • die Arbeit der Selbsthilfegruppen der Stadt Halle sowie der Beratungs- und Hilfsange-
184 bote für Suchtkranke zu unterstützen
- 185 • keinen Abbau am öffentlichen Gesundheitsdiensten, insbesondere bei der präventiven
186 gesundheitlichen Vorsorge bei Kindern- und Jugendlichen zuzulassen

187

188

189

190 **Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche**

191

192 Kinder und Familien sollen hier gern zu Hause sein. Politisch begleiten wollen wir dies
193 durch die Schaffung von Chancengleichheit für alle Kinder. Dazu gehört ein qualitäts-
194 volles Bildungsangebot von den Kindertagesstätten über Grund- und weiterführende
195 Schulen bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung. Eben-
196 so zählt für uns die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten hinzu und, wo nötig, einer
197 qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung.

198

199 Das heißt für DIE LINKE:

- 200 • Sicherung einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung der Jugend- und Jugendsozi-
201 alarbeit der Träger, insbesondere der präventiven Angebote
- 202 • Fortschreibung der Jugendhilfeplanung im Kontext des demografischen Wandels
- 203 • Die Teilnahme am Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ wurde auf Grund der fehlen-
204 den Finanzen durch den Stadtrat abgelehnt. Wir wollen, dass sich die Stadt Halle zur
205 „Kinderfreundlichen Kommune“ weiterentwickelt und dies als gesamtstädtische Auf-
206 gabe versteht. Für Teilprojekte sollen finanzielle Mittel im städtischen Gesamthaushalt
207 bereitgestellt werden.
- 208 • Ausbau der Jugendsozialarbeit an allen Schulen und Beibehaltung der bestehenden
209 Angebote über das Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“ hinaus
- 210 • strikte Berücksichtigung der Familienfreundlichkeit bei allen kommunalen Projekten
211 und Planungsvorhaben
- 212 • Beibehaltung von mindestens einem Beratungs- und Begegnungszentrum für Kinder
213 und Jugendliche pro Sozialraum und deren finanzielle Absicherung über langfristige
214 Leistungsvereinbarungen
- 215 • aktive Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates der Stadt in die Entscheidungen zur
216 Jugendarbeit und Würdigung der Aktiven
- 217 • Unterstützung von Initiativen zur eigenverantwortlichen, mobilen und interkulturellen
218 Jugendarbeit
- 219 • Förderung von ehrenamtlichem Engagement in der Jugendarbeit durch Bereitstellung
220 einer angemessenen finanziellen Ausstattung und der Pflege einer Anerkennungskultur
221 für Aktive
- 222 • Fortführung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes und Unterstützung
223 von Aktivitäten zur Ausgestaltung des HALLIANZ-Jugendfonds
- 224 • Unterstützung von Initiativen und Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit
225 und Antisemitismus (z.B. „Demokratie macht Schule“, „Schule ohne Rassismus – Schule
226 mit Courage“)

227

228

229 **Halle – Das Alter gehört dazu**

230

231 Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. DIE LINKE unter-
232 stützt einen gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich
233 in die Gesellschaft einzubringen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Alter ist ein Le-
234 bensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht auf Rente, Pflege
235 oder Kosten reduziert werden darf. Altersdiskriminierung lehnen wir entschieden ab.
236 Wir wollen, dass die Lebensleistungen der älteren Menschen geachtet und ihre Fähig-
237 keiten, Kompetenzen und Gestaltungspotentiale anerkannt werden.

238 Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus dem Bedarf an gesundheitlicher Be-
239 treuung und Pflege. Mehr als bisher müssen alle Partner, die Kommune und die freien
240 Träger zusammenarbeiten, um diese Herausforderungen anzunehmen und einen soli-
241 darischen Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsschichten und den Generationen zu
242 erreichen.

243

244 Das heißt für DIE LINKE:

- 245 • die weitere Unterstützung und Stärkung des Seniorenrates, seine verbesserte Einbin-
246 dung in Planungs- und Entscheidungsprozesse des Stadtrates und der Stadtverwaltung
- 247 • das Konzept „Älter werden in Halle (Saale) – Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt
248 Halle zur Seniorenpolitik“ fortzuschreiben, um neue Problemlagen aufzugreifen und
249 Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke zu stärken
- 250 • gegen die zunehmende Vereinsamung im Alter sollen Begegnungsstätten für Seniorin-
251 nen und Senioren in jedem Sozialraum erhalten bleiben und von der Stadt Halle unter-
252 stützt werden
- 253 • Erarbeitung von abrechenbaren Handlungsempfehlungen zur Hilfe von Menschen, die
254 von Altersarmut betroffen sind
- 255 • Förderung von Initiativen, die älteren hilfebedürftigen Menschen ein Wohnen in ihrer
256 vertrauten Umgebung ermöglichen

257

258

259 **Halle – Für eine neue Kultur der Mobilität**

260

261 Leben heißt Bewegung – zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmit-
262 teln. Die Nutzung des Autos kann nur reduziert werden, wenn die Attraktivität des an-
263 gebotenen Netzes aus Straßenbahn-, Bus- und S-Bahnlinien steigt. Kindergärten, Schu-
264 len, Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen sollen zu Fuß, mit dem Fahrrad und
265 mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gut erreichbar sein.

266 Zur Verkehrsinfrastruktur einer Stadt gehören für uns auch Gestaltungsaspekte des
267 Verkehrsraumes, die Umweltverträglichkeit und Fragen der Sicherheit. Wir wollen eine
268 autoarme Innenstadt, sichere Schulwege und sichere Fahrradwege.

269 Mobilität ist mehr als Verkehr – sie beginnt im Kopf bei der bewussten Wahl des Ver-
270 kehrsmittels. DIE LINKE will alles tun, um durch geeignete Rahmenbedingungen die
271 Hallenserinnen und Hallenser dabei zu unterstützen, ein Verkehrsmittel des Umwelt-
272 verbundes (Fahrrad, Straßenbahn, Bus, S-Bahn) statt des PKW zu wählen bzw. mög-
273 lichst viele Wege zu Fuß zurückzulegen.

274

275 Das heißt für DIE LINKE:

- 276 • mittelfristige Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs, welcher umlagefinanziert
277 werden soll. Das heißt, alle Hallenserinnen und Hallenser, aber auch lokale Unterneh-
278 men beteiligen sich an den Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, wobei eine soziale
279 Staffelung der Umlage erfolgen soll. Über die Einführung des fahrscheinlosen Nahver-
280 kehrs soll in einem Bürgerentscheid befunden werden, den wir für 2019 anstreben.
- 281 • Sicherung eines leistungsfähigen Verkehrsunternehmens in kommunaler Hand unter
282 Berücksichtigung der Menschen und Beachtung europäischer Rahmenbedingungen,
- 283 • Umstrukturierung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes zu einem reinen Aufgaben-
284 trägerverbund, in welchem die Interessen der Menschen stärker berücksichtigt werden
285 als die Interessen der Verkehrsunternehmen

- 286 • eine Einführung des Sozialtickets
- 287 • Einsatz für ein Fahrpreismoratorium gegen ständige Tarifsteigerungen
- 288 • eine bessere Anbindung weiter entfernter Ortsteile an Bus und Bahn
- 289 • ein gut vertaktetes und barrierefreies Angebot des ÖPNV
- 290 • den Ausbau des Radwegenetzes mit einem Radwegesanierungsprogramm, das die
- 291 Anforderungen der wachsenden Zahl an Elektrofahrrädern berücksichtigt
- 292 • Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof
- 293 • Förderung von Modellen gemeinschaftlicher Autonutzung (Carsharing)
- 294 • Einrichtung weiterer „Stromzapfsäulen“ für den zu erwartenden Anstieg der Zahl von
- 295 E- und Hybridfahrzeugen
- 296 • die Entschärfung von Unfallschwerpunkten
- 297 • Veränderungen im Bereich der Hochstraße bedürfen einer grundsätzlichen und breiten
- 298 Diskussion in der halleschen Bevölkerung und müssen städtebaulich und verkehrsor-
- 299 ganisatorisch verträglich sein

300

301

302

303

304 **II. Wissen und Lebens(kunst)**

305

306

307 **Halle – Zentrum der Kultur**

308

309 Die Ausstrahlung der Stadt Halle beruht im besonderen Maße auf der Kreativität, dem
 310 Eigensinn und dem Mut vieler Kunstschaffender und der Vielzahl kultureller Wirkungs-
 311 stätten. Dies verbindet die Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Stadt und strahlt
 312 über die Grenzen der Kommune hinweg. Für den Erhalt der Spielstätten kämpfen die
 313 Hallenserinnen und Hallenser an der Seite der Theaterleute.

314 Die freie Kulturszene, Radio Corax als regionaler Vermittler von Initiativen, Kunst und
 315 Kultur und auch privatwirtschaftlich geführte Kulturträger bereichern die Stadt auf viel-
 316 fältigste Weise und bedürfen der Anerkennung und Förderung. Diese kulturelle Infra-
 317 struktur gilt es besonders zu fördern, mit dem Ziel, allen Menschen den Zugang zur
 318 Kultur und Kunst zu eröffnen.

319

320 Das heißt für DIE LINKE:

- 321 • Erhalt und stetige Weiterentwicklung des vielfältigen Angebotes an kulturellen Einrich-
- 322 tungen und Initiativen, wie soziokulturelle Angebote in den Stadtteilen und in den
- 323 Theatern, Bibliotheken und Museen
- 324 • Erhalt bestehender Einrichtungen und vor allem Weiterentwicklung einer ausgewoge-
- 325 nen Theaterlandschaft, denn Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch
- 326 konserviert werden
- 327 • Erhalt aller Sparten der Theater, Opern und Orchester GmbH (TOOH), einschließlich
- 328 einer dauerhaften finanziellen Förderung durch Kommune und Land
- 329 • Ausrichtung der kommunalen Kulturpolitik auf die Bedürfnisse von Kindern und Ju-
- 330 gendlichen, Erhalt oder Einrichtung von Kommunikationsstätten und Begegnungsorten
- 331 für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen
- 332 • kulturelle Kinder- und Jugendarbeit als wesentlichen Bestandteil von Angeboten der
- 333 Theater und Kultureinrichtungen weiter auszubauen

- 334 • auch zukünftig die Händelfestspiele als jährlichen Höhepunkt zu erhalten, der das mu-
335 sikalische Erbe unserer Stadt pflegt und gleichzeitig neue künstlerische Perspektiven
336 eröffnet
- 337 • die Stadtbibliothek mit ihren Zweigstellen, der Fahrbibliothek und der Musikbibliothek
338 als wesentliche Vermittlerin von Literatur und als kultureller Bildungsträger zu erhalten
339 und sich den Anforderungen neuer Medienformen zu stellen
- 340 • die Museen materiell und finanziell abzusichern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass
341 auch eine Erweiterung der Sammlungen möglich sein muss. Sie sollen unabhängig von
342 ihrer Trägerschaft in ein städtisches Gesamtkonzept eingebunden werden.
- 343 • den Bergzoo Halle als Kultur-, Bildungs- und Erholungsstätte für unsere Stadt und ihre
344 Gäste, in seiner Einzigartigkeit zu erhalten, zu fördern und kontinuierlich weiterzuent-
345 wickeln
- 346 • das Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ als eine bedeutende Einrichtung der
347 kulturellen Bildung dauerhaft und für alle sozialen Schichten zugänglich zu erhalten.
348 Ergänzend zum Konservatorium sollen die privatwirtschaftlichen Musikschulen im
349 Blickfeld der Stadträte bleiben, Kooperationen sind zu prüfen, Fördermöglichkeiten
350 auszuschöpfen
- 351 • kommunale Kultur bedarf auch einer aktiven Soziokultur, vor allem in den Stadtteilen.
352 Hier wirken wir darauf hin, dass von der Kommune die erforderlichen materiellen und
353 finanziellen Bedingungen geschaffen werden, um für jeden offene barrierefreie sozio-
354 kulturelle Zentren zu erhalten und zu schaffen
- 355 • die Galerien und Ausstellungen der bildenden Kunst ständig zu unterstützen und zu
356 fördern
- 357 • der freien Kunstszene (freie Theater, Kunstvereine und Verbände) Entwicklungsmög-
358 lichkeiten zu eröffnen und größtmögliche Unterstützung zu gewähren
- 359 • Kunst im öffentlichen Raum frühzeitig bei der Stadtplanung zu beachten
- 360 • Medienkultur verstärkt Aufmerksamkeit zu zollen und erforderliche Maßnahmen zu
361 ergreifen

362

363

364 **Halle – schafft Wissen und Neues**

365

366 Die Martin-Luther-Universität, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hoch-
367 schule für evangelische Kirchenmusik machen Halle zum größten Hochschulstandort
368 Sachsen-Anhalts. Die deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschu-
369 len, aber auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sind für die Stadt und
370 die Region ebenso von unschätzbarem Wert wie ihre Attraktivität für junge Menschen.
371 Die Studentinnen und Studenten, ihre Lehrerinnen und Lehrer beeinflussen das Klima
372 der Stadt. Umso wichtiger ist es, dass die Fächervielfalt erhalten bleibt. DIE LINKE tritt
373 deswegen auf allen politischen Ebenen den Kürzungsabsichten bei den Hochschulen
374 entgegen.

375 Wir setzen uns für eine aktive Werbung der Stadt Halle – gemeinsam mit den Wissen-
376 schaftseinrichtungen – um Studierende ein. Zudem soll die Stadt die Hochschulen und
377 Forschungseinrichtungen bei der Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissen-
378 schaftlern unterstützen.

379

380 Das heißt für DIE LINKE:

- 381 • in Abstimmung mit dem Studentenwerk weiterhin über die Wohnungsgesellschaften
382 der Stadt für bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu sorgen
- 383 • Einsatz für ein attraktives Semesterticket, das die Region Halle-Leipzig einbezieht
384 • günstige Eintrittspreise zu den Kultureinrichtungen sowie kostenlose Nutzung der
385 Stadtbibliothek
- 386 • Anpassung der Kinderbetreuung an den Alltag von Studierenden und von jungen Aka-
387 demikerinnen und Akademikern
- 388 • Unterstützung studentischer Initiativen in der Kultur, im sozialen Bereich und im Sport
389 • Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für Partnerinnen und Partner von Wissen-
390 schaftlerinnen und Wissenschaftlern (Dual Career);
- 391 • Unterstützung beim Organisieren der Kinderbetreuung und beim Finden der geeigne-
392 ten Schule sowie der Wohnraumsuche
- 393 • intensive Zusammenarbeit mit den Careercentern der Hochschulen und Wissen-
394 schaftseinrichtungen
- 395 • die Stadtverwaltung und die Tochterunternehmen bieten verstärkt Praktikumsplätze
396 an und kooperieren mit den Hochschulen bei der Erstellung von Abschlussarbeiten und
397 Promotionen
- 398 • gemeinsame Stadtentwicklung und Hochschulplanung besonders mit Blick auf die
399 Immobiliensituation der Hochschulen
- 400 • enge Abstimmung in Bauangelegenheiten mit den Hochschulen, dem Land, der Unikli-
401 nik und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- 402 • stärkere Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im
403 wissenschaftsnahen Bereich
- 404 • besonderes Augenmerk auf die Kreativwirtschaft und die Entwicklung des Technolo-
405 geparks am Weinbergweg zu richten
- 406 • Entwicklung und Ansiedlung außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen und die
407 Vernetzung von Wissenschaftseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft stärker zu
408 unterstützen

409

410

411 **Halle – Bildung als Schlüssel**

412

413 Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Ju-
414 gendlichen und für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Junge,
415 gut ausgebildete Menschen gestalten unser Land und die Region in den nächsten Jahr-
416 zehnten maßgeblich mit. Dazu müssen sie die Chance erhalten, selbstbestimmt aufzu-
417 wachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Lebenslanges Lernen, Bildung
418 und Weiterbildung sind unerlässlich.

419 DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendliche unter optimalen Bedingun-
420 gen in gut ausgestatteten Schulen lernen und jeder angestrebte Abschluss an allge-
421 meinbildenden und berufsbildenden Schulen erlangt werden kann. Dabei ist die Ent-
422 wicklung eines Konzeptes und die Schaffung der Voraussetzungen zur Integration von
423 Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf – vom gemeinsamen Unter-
424 richt hin zu einer inklusiven Schule – notwendig.

425

426

427 Das heißt für DIE LINKE:

- 428 • gleiche Betreuungsbedingungen für alle Kinder, egal, ob sie bei freien Trägern oder
429 dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten betreut werden – Kindertagesstätten (KITAS)
430 sind Orte der Bildung und Erziehung
- 431 • die finanzielle Mindestausstattung der KITAS (Betriebskostendeckung) zu sichern,
432 Möglichkeiten der Abschreibung und die Bereitstellung von Investitionsmitteln bei öf-
433 fentlichen und freien Trägern auf das gleiche Niveau zu führen
- 434 • KITAS als frühkindliche Bildungseinrichtung zu begreifen: DIE LINKE tritt für einen kos-
435 tenfreien Betreuungsplatz für jedes Kind ein. Bis diese Aufgabe in Übereinstimmung
436 mit dem Land erreicht wird, fordern wir mittelfristig als ersten Schritt ein kostenfreies
437 KITA-Jahr vor der Einschulung.
- 438 • Entwicklung eines integrierten Bildungskonzeptes für die Stadt Halle, welches alle Bil-
439 dungsmöglichkeiten von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung ein-
440 schließt
- 441 • ausgewogene Schulentwicklungsplanung auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung
442 in Halle mit wohnortnahen Grundschulen, Verhinderung einer weiteren „Entschulung“
443 der Außenbezirke,
- 444 • frühzeitige Beteiligung der Schüler- und Elternschaft bei deren Schulentwicklungspla-
445 nung unter Einbeziehung der Akteure aus dem Schulumfeld, wie Wohnungsgesell-
446 schaften, Vereine und Initiativen
- 447 • Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stadt Halle und den Um-
448 landgemeinden zur Sicherung von Grundschulstandorten und von familienfreundlichen
449 Schulwegen
- 450 • Unterstützung und Förderung aller Aktivitäten, die das längere gemeinsame Lernen
451 ermöglichen; auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule unterstützen wir alle Bemühun-
452 gen von Lehrenden, Lernenden und Eltern, bestehende Kooperationen zwischen
453 Grund- und Sekundarschulen und Gymnasien weiterzuentwickeln
- 454 • ein pädagogisches Konzept für Gemeinschaftsschulen zu erarbeiten und eine weitere
455 Gemeinschaftsschule – bevorzugt im Süden der Stadt – zu eröffnen
- 456 • Sachausstattung der Schulen zu verbessern, insbesondere im Bereich neuer Medien
457 und zur Wahrnehmung besonderer Aufgaben (z.B. Gemeinsamer Unterricht, Integrati-
458 onsklassen für Migrant*innen)
- 459 • weitere Nutzung aller Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen, um so viele Schulen
460 wie möglich mit öffentlichen Mitteln zu sanieren und zu modernisieren
- 461 • angemessene Ausweichquartiere für die Zeit der Sanierung bzw. Modernisierung ein-
462 zelner Schulen bereitzustellen
- 463 • Neubau eines modernen Planetariums an einem hochwassersicheren Ort mit guter
464 Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, dies soll in enger Zusammenar-
465 beit mit der Gesellschaft für astronomische Bildung erfolgen
- 466 • Erstellung eines kommunalen Investitionsprogrammes für Bildungseinrichtungen in der
467 Stadt Halle unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit und zur Schaffung der räumli-
468 chen und sächlichen Voraussetzungen für eine Inklusion
- 469 • Schule als Lern- und Lebensort weiterzuentwickeln – Ausbau der Ganztagsangebote an
470 allen Schulen, gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Horten
471 befördern; Schulsozialarbeit als wirksames Instrument auch als kommunale Aufgabe
472 begreifen; Unterstützung von Aktivitäten zur Entwicklung von Konzepten zur Öffnung
473 von Schulhöfen

- 474 • unbürokratische und schnelle Umsetzung von Bundes- und Landesprogrammen zur
475 Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich, wie zum Beispiel
476 das Bildungs- und Teilhabepaket
- 477 • Umdenken bei der Schülerbeförderung wegen veränderter und vergrößerter Schul-
478 einzugsbereiche, vor allem bei den Sekundarschulen: Wir wollen sichere Schulwege für
479 alle Lernenden. Dazu gehört auch, die Entfernung zwischen Schule und Wohnung nicht
480 nur über Entfernungskilometer zu definieren, sondern auch über die Schulwegsicher-
481 heit. DIE LINKE tritt für einen fahrscheinlosen ÖPNV ein. Bis wir dieses Ziel erreicht ha-
482 ben, fordern wir kostenfreies Schülerticket unabhängig von Entfernungskilometern
- 483 • Schulbudgets, über deren Verwendung Schulen frei entscheiden können
- 484 • für die Berufsbildenden Schulen ein Entwicklungskonzept in enger Abstimmung mit
485 den Nachbarkreisen zu erarbeiten, dabei bedarfsgerechte Ausstattung mit Lehr- und
486 Lernmaterialien beachten
- 487 • Vorhalten von ausreichend Wohnraum für Gastschülerinnen und -schüler der Berufs-
488 schulen
- 489 • keine Möglichkeiten für die Bundeswehr einzuräumen, um sich auf dem Laternenfest
490 zu präsentieren und um in den Schulen für sich zu werben: Wir unterstützen und för-
491 dern alle Aktivitäten, auf die Gesamtkonferenzen entsprechend einzuwirken
- 492 • die Volkshochschule (VHS) als Ort lebensbegleitenden Lernens weiterzuentwickeln und
493 auch zukünftig ein attraktives Bildungsprogramm mit generationenbezogenen Angebo-
494 ten zu ermöglichen
- 495 • Kooperationsvereinbarung mit dem Saalekreis auf Augenhöhe; Konkurrenzverhältnis
496 zwischen VHS Halle und Saalekreis beenden
- 497 • personelle, räumliche und sächliche Ausstattung der VHS sicherzustellen
- 498 • Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen und städtischen Einrichtungen inten-
499 sivieren, z.B. Sprachkurse für Studierende; Fort- und Weiterbildungsangebote für Mit-
500 arbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und der Tochterunternehmen entwickeln und
501 anbieten
- 502 • den gemeinsamen Standort der Bibliothek und der VHS durch intensivierte Kooperati-
503 on zu einem tatsächlichen kommunalen Bildungszentrum auszubauen

504
505

506 **Halle – Sport als gemeinsames Erlebnis**

507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519

Der Sport muss Bestandteil des halleschen Leitbildes sein, er gehört für uns zur Da-
seinsvorsorge. Für DIE LINKE ist der Sport ein soziales Recht der Menschen. Die Erar-
beitung eines kommunalen Sportentwicklungskonzeptes ist das geeignete Mittel, den
Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie Gesundheits- und Rehabilitationssport in der
Stadt Halle fest zu verankern. Sportliche Erfolge sorgen für ein positives Image unserer
Stadt. Dazu gehören auch die erfolgreichen halleschen Leistungssportlerinnen und -
sportler. Neben den sozialen Aspekten der Sportvereine dienen diese auch der Ge-
sundheitsvorsorge für alle Altersgruppen. In den letzten Jahren entstanden Sportstät-
ten, die sowohl für den Leistungs- als auch den Breitensport genutzt werden können.
Trotzdem ist der Sanierungsbedarf an den Sportstätten der Stadt weiterhin hoch.

520 Das heißt für DIE LINKE:

- 521 • Rahmenbedingungen für die dauerhafte Koordination von schulischer Ausbildung und
- 522 leistungssportlichem Training zu verbessern: Sportschulen der Stadt (Sekundarschule
- 523 und Gymnasium) legen die Grundlagen für eine leistungssportliche Entwicklung des
- 524 Nachwuchses
- 525 • eine bedarfsgerechte und verlässliche Förderung der Sportvereine auf der Grundlage
- 526 eines kommunalen Sportförderprogrammes
- 527 • dem Eissport in Halle eine Zukunft zu sichern
- 528 • Bolz- und ähnliche Sportplätze für den Freizeitsport in den Wohngebieten zu erhalten
- 529 bzw. neu zu errichten
- 530 • Unterstützung von Initiativen in den Sportvereinen, ihre Sportstätten qualitativ zu
- 531 verbessern
- 532 • weitere Entwicklung von sportlichen Integrationsprojekten
- 533 • in den Vereinen und Organisationen des Sports wichtige Partner zu sehen, um insbe-
- 534 sondere Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness zu vermitteln

535

536

537

538

539 **III. Arbeit und finanzielle Sicherheit**

540

541

542 **Halle – Existenzsichernde Arbeit in der Kommune**

543

544 Die Wirtschaftskraft Halles ist die Basis kommunaler Handlungsfähigkeit und damit

545 entscheidend für die Gestaltung der Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger.

546 Von ihr hängen sowohl die Finanzausstattung der Stadt als auch die Beschäftigungs-

547 chancen und die Einkommenssituation ihrer Einwohnerinnen und Einwohner maßgeb-

548 lich ab. Die Frage existenzsichernder Arbeit ist wesentlich für die Perspektiven, die

549 Menschen mit dem Wohnort Halle verbinden.

550

551 Das heißt für DIE LINKE:

- 552 • Orientierung der industriellen Ansiedlungspolitik an umweltschonenden und zukunfts-
- 553 fähigen Technologien
- 554 • das Technologie- und Gründerzentrum noch stärker als Unterstützung für junge Unter-
- 555 nehmen zu nutzen
- 556 • Stärkung der Medien- und Kreativwirtschaft, z. B. den Standort des Multimediazent-
- 557 rums zu erhalten und vor Hochwasser zu sichern
- 558 • Vergabekriterien für kommunale Aufträge so gestalten, dass auch die regionale Wirt-
- 559 schaft zum Zuge kommen kann und somit die Zukunftsfähigkeit von kleinen und mit-
- 560 telständischen Firmen sichern
- 561 • die kommunale Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass der Bestand der kleinen und
- 562 mittleren Unternehmen besser gesichert werden kann
- 563 • Stärkung der Stadtwerke und der HAVAG als größte Arbeitgeber der Stadt. Kommunale
- 564 Unternehmen sollen Gemeinwohlbilanzen jährlich erstellen, um aufzuzeigen, wie sie
- 565 ihre soziale Verantwortung für die Stadt wahrnehmen.
- 566 • keine Haushaltskonsolidierung der Stadt zu Lasten der kommunalen Unternehmen, der
- 567 Mieterinnen und Mieter sowie der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler

- 568 • die Saalesparkasse als kommunales Kreditinstitut auf die neuen Bedingungen des de-
569 mografischen Wandels auszurichten, z. B. eine mobile Filiale auch in Halle einzusetzen
570 • eine kommunale Gesellschaft zur optimalen Entwicklung von Gewerbeflächen und zur
571 Wiedernutzbarmachung von Brachflächen für Halle einzurichten

572
573

574 **Halle für alle – Finanzielle Sicherheit für die Stadt**

575

576 DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge
577 die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt. Wirtschaftlichkeit messen wir zu-
578 allererst an der Aufgabenerfüllung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern.
579 Wir verschließen uns nicht notwendigen Anpassungen und Einsparungen, die wir unter
580 dem Gesichtspunkt des Sozialen prüfen und bewerten.

581 Dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner mit Gebühren und Beiträgen kommunale
582 Aufgaben mitfinanzieren, wird sich DIE LINKE für eine Offenlegung und vollständige
583 Transparenz der Kalkulationsgrundlagen einsetzen. Wir streben dort, wo es möglich ist,
584 eine Gebühren- und Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten an. Den Verkauf von
585 kommunalem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir strikt ab.

586 Wir werden bei der Bemessung von Abschreibungen und der Bildung von Rückstellun-
587 gen darauf achten, dass nicht zu Lasten der Kommune dabei die Bewertungsspielräu-
588 me falsch genutzt werden.

589 Halle wird derzeit mit Problemen allein gelassen, deren Verursacher die Stadt nicht
590 selbst ist. Unter dem Stichwort „Haushaltskonsolidierung“ werden allorts viele Dinge
591 weggekürzt, die eine Kommune lebenswert machen. Die Lösung der kommunalen
592 Haushaltsprobleme muss auf Bundes- und Landesebene erfolgen.

593

594 Das heißt für DIE LINKE:

- 595 • Einführung einer Gemeindegewerbesteuer, die die bisherige Gewerbesteuer ablösen
596 soll: damit wollen wir alle selbstständigen, mit Gewinnabsicht ausgeübten Tätigkeiten
597 besteuern.
- 598 • den kommunalen Finanzausgleich (FAG) in Sachsen-Anhalt neu zu regeln, der die
599 Kommunen nicht von der allgemeinen Steuerentwicklung abkoppelt, den Mindestbe-
600 darf sichert und innerhalb der kommunalen Familie einen angemessenen Ausgleich
601 schafft
- 602 • Anwendung des Konnexitätsprinzips für die Aufgaben, die den Kommunen durch die
603 Föderalismusreform II vom Bund übertragen wurden; es muss gelten: Wer bestellt, der
604 bezahlt auch!
- 605 • Stadt muss Ausbildungsplätze anbieten
- 606 • keine Aufgabenauslagerung, um Personalkosten einzusparen; strikte Tarifierung
607 wenn Dritte Aufgaben erfüllen

608

609

610

611 **Halle – Zukunft in der Region**

612

613 Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig und den Flächenkreisen inner-
614 halb der Metropolregion befördern. Hierzu hat DIE LINKE bereits vor zehn Jahren das
615 Konzept eines Regionalkreises aus der Stadt Halle und dem Saalekreis entwickelt. Wir
616 wollen interkommunale Kooperation statt Eingemeindungsdebatten.

617

618 Das heißt für DIE LINKE:

- 619 • Optimierung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV)
- 620 • weitere Qualifizierung der Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaft
- 621 • schrittweiser Ausbau der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden, z.B bei der
622 Daseinsvorsorge
- 623 • gemeinsame Flächennutzungsplanung
- 624 • gemeinsame Entwicklung von Gewerbeflächen

625

626

627

628

629 **IV. Die Stadt sind wir – Demokratie und Vielfalt**

630

631

632 **Halle – Stadt engagierter Menschen**

633

634 Halle ist eines der Protestzentren gegen die Kürzungen im Kultur- und Hochschulbe-
635 reich. Hier kommen Menschen selbstorganisiert zusammen. Demos sind in Halle bunt,
636 groß und wirkungsvoll. Egal, ob es gilt, Neonazis zu blockieren, den Studi-Streik zu or-
637 ganisieren, Sand zu schippen oder der Politik ein Achtungszeichen zu setzen.

638 Zahlreiche Menschen in unserer Stadt engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und
639 Initiativen, leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit, bringen sich ein in Aktionen zur
640 Stärkung von Demokratie und Toleranz. Diese Bereitschaft mit zu gestalten, macht uns
641 gemeinsam reicher und stärker.

642 Wir setzen uns für direkte Bürgerbeteiligung in Halle ein. Für uns ist die Vorstellung
643 von Verwaltungsplänen, schon von der frühesten Planungsphase an, eine Mindestfor-
644 derung von Mitbestimmung. Hierzu wollen wir auch die Formen der Mitsprache nut-
645 zen, die das Internet bietet.

646

647 Das heißt für DIE LINKE:

- 648 • nicht nur Auswahl aus verschiedenen Plänen der Verwaltung, sondern Miterarbeitung
649 von Plänen
- 650 • Chancen des Internets stärker nutzen, um Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Das
651 Ratsinformationssystem muss nutzerfreundlicher und übersichtlicher gestaltet wer-
652 den.
- 653 • Notwendigkeit einer E-Gouvernement-Strategie, mit Prüfung von Kostenersparnissen
654 durch Open-Source-Software
- 655 • freies W-LAN in der gesamten Stadt, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beteili-
656 gung zu ermöglichen. Dieses soll durch die Stadt und Partner aus der lokalen Wirt-
657 schaft aufgebaut werden. Hier gibt es bereits viele kleine private Initiativen in Läden
658 und Lokalen.

- 659 • den Bürgerhaushalt zu verstetigen und auszubauen, Bürgerbegehren und Bürgerent-
660 scheidungen zu unterstützen, neue Beteiligungsformen (z. B. Einwohnerumfragen) zu er-
661 proben
- 662 • Einwohnerfragestunden zeitlich und örtlich für die Mehrheit der Einwohnerinnen und
663 Einwohner erreichbar machen. Wir wollen regelmäßige Einwohnerversammlungen fest
664 verankern.
- 665 • Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen; für Themen, die die ganze Stadtgesell-
666 schaft betreffen, stadtweite Einwohnerforen
- 667 • Beteiligungsprozesse zu vereinfachen und zu erweitern: Dazu gehört auch eine Ände-
668 rung der Hauptsatzung, um weitere wichtige Gemeindeangelegenheiten zu bestimmen
- 669 • Bürgerbegehren und Bürgerentscheidungen parallel zu Wahlen stattfinden zu lassen. Wir
670 streben an, bei Wahlen die Bürgerinnen und Bürger über einen Punkt der Stadtent-
671 wicklung im gesamtstädtischen Interesse zu befragen
- 672 • ein Anhörungsrecht in den Ausschusssitzungen, verankert in der Hauptsatzung und der
673 Geschäftsordnung des Stadtrates, für Bürgerinitiativen, Vereine und sonstige von Ent-
674 scheidungen der Stadt Betroffene festzuschreiben

675
676

677

678

679

Halle – Für eine Kultur der Vielfalt und Integration

680

681 In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlichster Herkunft: Alteingesessene, Hin-
682 zugezogene, ausländische Studierende, Einwandererinnen und Einwanderer, Flüchtlin-
683 ge und Asylsuchende. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für uns – menschlich, kultu-
684 rel, wirtschaftlich. DIE LINKE setzt sich für das respektvolle gesellschaftliche Miteinan-
685 der in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen ein. Wir wollen einen huma-
686 nen Umgang mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, der die Würde jeder und je-
687 des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und setzen uns für eine Willkommenskultur in
688 unserer Gesellschaft ein. Das erfordert zum einen eine Politik, die Rassismus, Antisemi-
689 tismus und allen anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ent-
690 schlossen und konsequent entgegentritt. Zum anderen heißt es für uns, aktiv Will-
691 kommenstrukturen zu schaffen mit einer aktiven Integrationspolitik, die Integration
692 nicht als Aufforderung, sondern als vielseitigen Prozess versteht.

693

694 Das heißt für DIE LINKE:

- 695 • die Netzwerke in Halle, die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von
696 Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten dienen, zu unterstützen
- 697 • die positiven Erfahrungen der Arbeit vom Bündnis Migrantenorganisationen und des
698 Ausländerbeirates in der Stadt zu nutzen und zu unterstützen
- 699 • den Ausländerbeirat in seinen Kompetenzen zu stärken, ihm eine beratende Stimme in
700 Ausschüssen zu geben und ihn langfristig zu einem Integrationsbeirat zu entwickeln
- 701 • die kontinuierliche und verlässliche Förderung von Integrationsprojekten
- 702 • das Konzept der dezentralen Wohnungsunterbringung von Asylbewerberinnen und
703 Asylbewerbern weiterzuverfolgen
- 704 • die Stärkung von Netzwerkstrukturen, die der Teilhabe von Flüchtlingen in der Gesell-
705 schaft dienen

- 706 • Fördermittel verstärkt für Deutschunterricht auch für Flüchtlinge und Asylsuchende einzusetzen
- 707
- 708 • das Eintreten für die Sensibilisierung und für interkulturelle Trainings der Stadtverwaltung und insbesondere der Ausländerbehörde
- 709
- 710 • innerhalb der Berufsorientierung ein spezifisches Beratungsangebot für Migrantinnen und Migranten zu schaffen
- 711
- 712 • sich für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse einzusetzen
- 713 • spezifische Beratung und Hilfen für Existenzgründer und Kleingewerbetreibende mit Migrationshintergrund zu unterstützen
- 714
- 715 • Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten bei der Einstellung in der Stadtverwaltung
- 716

717
718
719

720 **Halle - Gemeinsam gegen Rechts**

721

722 Die Würde des Einzelnen ist unantastbar. Die universelle Gleichwertigkeit aller Menschen gilt es zu verteidigen gegen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus, gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und Armen. Dabei findet sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in jeder gesellschaftlichen Schicht. Diskriminierung, Hass und Gewalt bedrohen die Demokratie.

727
728
729
730
731
732

Wir alle müssen dem gemeinsam auf allen politischen Ebenen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – begegnen. Dazu gehört der solidarische Umgang mit Opfern von rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung. Dazu gehört auch eine ungeschönte Wahrnehmung neonazistischer Aktivitäten in Halle und nicht das Verschließen der Augen vor tatsächlich bestehenden Problemen aus Angst vor möglichen Image-schäden.

733
734
735

DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, welches nicht zulässt, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert oder gar angegriffen werden.

736
737

Das heißt für DIE LINKE:

- 738 • die kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Interessenvertretung vor allem von Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen
- 739
- 740
- 741 • die Unterstützung von Initiativen und Netzwerken gegen Rechtsextremismus in der Stadt, insbesondere das „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“
- 742
- 743 • Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt
- 744 • die Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt
- 745 • Naziaufmärschen und anderen Wortergreifungen von Neonazis entgegenzutreten
- 746 • Verankerung der gewonnenen Kompetenzen im Rahmen des Bundesprogrammes der Lokalen Aktionspläne (LAP), Verstetigung der Arbeit des Begleitausschusses „Hallianz für Vielfalt“ in die Arbeit der Stadt, Prüfung der Implementierung einer Fachstelle für Präventionsarbeit in der Stadtverwaltung
- 747
- 748
- 749
- 750 • die stetige Arbeit an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und Vernetzung einzelner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung
- 751
- 752 • antirassistische Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der Fankultur zu etablieren
- 753

- 754 • die Förderung und Qualifizierung von Projekten zur historischen und politischen Bil-
755 dung
756 • Ablehnung der Gleichsetzung der Verbrechen des Faschismus mit Unrecht und Men-
757 schenrechtsverletzungen nach 1945
758 • Erhaltung und Pflege aller antifaschistischen Gedenkstätten in Halle und offensive
759 Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschungen
760
761
762
763

764 **V. Gutes Wohnen, gutes Leben**

767 **Halle – Gutes Wohnen in allen Stadtteilen**

769 Halle ist reich an baulichem Erbe. Einerseits gilt es den historischen Stadtkern mit zahl-
770 reichen Renaissancebauten zu erhalten. In den Neubauviertel braucht es hingegen
771 Konzepte zum Wohnungsrückbau, zum Erhalt der sozialen Infrastruktur und zur Quar-
772 tiersaufwertung. Vor 50 Jahren wurde der Grundstein für Halle-Neustadt gelegt, die
773 Silberhöhe wird 35 Jahre alt. Einst begehrte Wohnungen stehen heute leer. Immer
774 mehr Menschen mit geringem Einkommen wohnen in den Außenbezirken, die Innen-
775 stadt verteuert sich.

776 Das Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum ist einer der wichtigsten Bestandteile
777 der Daseinsvorsorge. Deshalb darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen
778 werden, sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sek-
779 tor. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die kommunalen Wohnungsunternehmen HWG
780 und GWG nicht privatisiert werden. Ebenso lehnen wir den Verkauf von Teilen des
781 Wohnungsbestandes zur Haushaltskonsolidierung ab. Wir wollen, dass Wohnraum
782 ausreichend und bezahlbar in allen Stadtteilen für alle Bevölkerungsgruppen zur Ver-
783 fügung steht. Attraktive Stadtentwicklung heißt für uns, dass die soziale Entmischung
784 in den Wohnvierteln (Gentrifizierung) überwunden wird: Dazu gehören für uns bei-
785 spielsweise eine soziale Wohnraumbindung sowie Konzepte für integrative Stadtent-
786 wicklung.

787
788 Das heißt für DIE LINKE:

- 789 • Unterstützung der Entwicklung der kommunalen Wohnungsgesellschaften GWG und
790 HWG u. a. bei der Gestaltung neuer Wohnformen und bei der Verwirklichung einer Mi-
791 schung aus sozialen, Standard- und hochwertigen Wohnungen bei jedem Neubaupro-
792 jekt („Münchner Mischung“)
- 793 • Förderung des Engagements der GWG auch außerhalb der traditionellen Plattenbau-
794 ten, Bebauungen müssen sich dabei an das Umfeld anpassen
- 795 • qualifizierte Mietspiegel und ergänzende Betriebskostenspiegel müssen flächende-
796 ckend auf Grundlage aller Bestandsmieten erstellt werden
- 797 • auf der Grundlage von qualifizierten Mietspiegeln sind Mietobergrenzen für die Mieten
798 in Halle festzulegen
- 799 • Einfluss auf kommunale Unternehmen ausüben mit dem Ziel, Mieterhöhungen auf
800 Grund von Neuvermietungen zu stoppen

- 801 • dem wachsenden Bedarf an barrierefreiem Wohnraum Rechnung zu tragen (senioren-
802 gerechter Wohnraum)
803 • durchgängige Beachtung von Barrierefreiheit, Kinder-, Familien- und Seniorenfreund-
804 lichkeit im Wohnumfeld
805
806

807
808

Halle – Leben ohne Angst

809

Zur freien und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehört das Empfinden, sich in Sicherheit bewegen zu können. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir deshalb sehr ernst. Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst den Bereich der Prävention in den Blick nehmen und die Ursachen von Kriminalität bekämpfen.

814

Das heißt für DIE LINKE:

816

- Entwicklung stadtteilbezogener Sicherheitskonzepte

817

- Erhalt und Unterstützung aller Freiwilligen Feuerwehren und der Wasserrettungsdienste

819

- Beibehaltung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“

821

- Wiedereinführung des Polizeibeirates

822

- Unterstützung der Kontaktbereichsbeamten in ihrer bürgernahen Tätigkeit

823

- Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder

825

- Konfliktmanagement statt Bürgerwehren

826

827

Halle – Natur und Stadt zusammen denken

829

Halle gehört zu den deutschen Großstädten mit dem höchsten Grünflächenanteil. Mit der die Stadt durchziehenden Saaleaue, der Saale-Elster-Aue im Süden und den Porphyrkuppen im Norden verfügt Halle über Lebensräume mit hohem Naturschutzpotential.

834

Diese natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Naturräume zu schützen und zu erweitern sowie eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu fördern, soll für eine weitere Stadtentwicklung Grundlage sein. Ein ökologischer Umgang mit der endlichen Ressource Stadtfläche ist notwendig.

838

Die Umweltbedingungen haben sich in Halle kontinuierlich verbessert. Der Kampf gegen Lärm und Feinstaub hat in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert eingenommen und wird mit mehr Konsequenz geführt, um Gesundheit und Lebensqualität für uns alle dauerhaft zu sichern und zu verbessern.

842

Das heißt für DIE LINKE:

844

- gemeinsam mit dem Stadtverband der Kleingartenfreunde das 2013 beschlossene Kleingartenkonzept umzusetzen und weiterzuentwickeln: Kleingärten haben für ihre Nutzer einen hohen Erholungswert und sind ein bedeutender Teil der städtischen Grünflächen. Die zur Umsetzung des Konzeptes vorgesehenen Mittel sollen ab 2015 in den Haushalt eingestellt werden.

848

- 849 • Teilhabegenossenschaften, die Stadtteilgärten betreiben, werden von der Stadt unter-
850 stützt und gefördert
- 851 • Projekte wie Teilhabegenossenschaften, die sich um brachliegende Flächen kümmern,
852 werden von der Stadt aktiv gefördert
- 853 • Erhalt der Grünanlagen sowie Ergänzung des Systems innerstädtischer Grünflächen
854 durch Stadtumbauflächen
- 855 • Erarbeitung und Beschluss eines Gesamtkonzeptes für die Friedhöfe in unserer Stadt,
856 das die bestehenden Standorte erhält und den Veränderungen der Bestattungskultur
857 sowie den zurückgehenden Bestattungszahlen Rechnung trägt. Innerhalb der einzelnen
858 Friedhöfe können zum Beispiel Bestattungsflächen reduziert und solange sie nicht wie-
859 der benötigt werden, zu Grünanlagen innerhalb des Friedhofes umgestaltet werden.
- 860 • Verbesserung des Hochwasserschutzes, insbesondere am Gimritzer Damm, am MMZ
861 sowie an der Pumpengalerie Halle-Neustadt
- 862 • die Fortschreibung und Umsetzung des Klimaschutzprogrammes
- 863 • eine Verbesserung der Lebensqualität durch die schrittweise Erweiterung der Tempo-
864 30-Zonen in Wohngebieten
- 865 • die Erarbeitung eines Investitionskonzeptes für Spielplätze
- 866 • die Unterstützung der Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften zur Begrenzung
867 der Belastungen aus Boden- und Fluglärm
- 868 • eine Bestandsaufnahme und die Einleitung von Maßnahmen zur Behebung von Geh-
869 wegschäden
- 870 • eine umweltschonende Abfallwirtschaft in kommunaler Hand mit Augenmerk auf eine
871 optimierte stoffliche Verwertung des Mülls aus Privathaushalten
- 872 • ausreichende Zahl von Hundewiesen oder ausreichend Zahl von Abfallbehältern
- 873 • Kontrolle der Tauben- und Katzenpopulation in der Stadt Halle
- 874 • bessere finanzielle Ausstattung der Tierheime.
- 875